

Positionspapier des Wissenschaftlichen Beirats des BVMW

Aus den multiplen Krisen in die strukturelle Transformation – eine neue Angebotspolitik für die deutsche und europäische Wirtschaft

Wandel von dort aus denken, wo Wertschöpfung stattfindet:
im Mittelstand

Analyse der Gegenwart und Motivation zum Aufbruch

Nie zuvor hat eine derartige Häufung von Krisen uns vor Augen geführt, dass Wohlstand und Zukunftsfähigkeit nicht garantiert sind, sondern immer wieder neu erarbeitet werden müssen. Die verschiedenen, sich überlagernden Krisen – ob die Pandemie, die Energiepreiskrise infolge des russischen Krieges in der Ukraine oder die Engpässe bei Chips, Rohstoffen und Fachkräften – haben zu brüchigen Lieferketten und einem hohen Anpassungsbedarf in verschiedenen Kernbereichen der deutschen und europäischen Wirtschaft geführt. Auch wenn niemand die Corona-Pandemie und den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine voraussehen konnte, sind die multiplen Krisen kein Zufall, sondern eben auch Ausdruck und Folge einer seit Jahren sorglosen und bequemen Wirtschaftspolitik.

Nun steht die wirtschaftsstrukturelle Basis Deutschlands auf dem Spiel. Die Anzeichen verdichten sich, dass vieles nicht mehr funktioniert und eine Rückkehr zu der Zeit vor den Krisen unmöglich geworden ist. Über Jahre hat die deutsche Wirtschaft von ihrer Substanz gelebt und von sehr günstigen Rahmenbedingungen profitiert, die in den nächsten Jahren nicht mehr fortbestehen, sondern sich grundlegend verändern werden.

Dazu gehörten vor allem der Einkauf günstiger Energie, der Zugang zu offenen Märkten sowie lange Zeit die Sicherheit, auf ein wachsendes und gut ausgebildetes Arbeitskräftepotenzial zurückgreifen zu können. Das bislang erfolgreiche deutsche „Modell“ kommt durch die geopolitischen

Verwerfungen und die verschiedenen Transformationsprozesse derzeit aber so stark unter Druck, dass eine De-Industrialisierung mit all den ökonomischen und sozialen Konsequenzen wie ein Damoklesschwert über dieser Zeit der großen Umbrüche hängt. Diese Entwicklung gefährdet nicht nur die Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft, die durch ihre Größe und Vielfalt hierzulande eine zentrale wirtschaftliche Rolle und Bedeutung inne hat, sondern auch die grundsätzliche internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Während sich der Strukturwandel dramatisch beschleunigt, spricht die Politik fast sinnbildlich von „Deckeln“ und „Brem sen“, so als ob man den Wandel politisch einfach aussetzen könne. So richtig und wichtig die kurzfristigen Maßnahmen zur Eindämmung und Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen sind, so wenig werden sie geeignet sein, die grundlegenden strukturellen Defizite zu beseitigen.

Um die negativen Auswirkungen des Krieges und der Pandemie zu überwinden sowie in der Lage zu sein, die strukturellen Herausforderungen der Digitalisierung, der demographischen Entwicklung und der Dekarbonisierung zu bestehen, bedarf es einer neuen Wirtschaftspolitik, die den Wandel vor allem aus der Perspektive des Mittelstandes begreift – dort, wo Wandel real stattfinden muss. Eine verwaltende, umverteilende und akkommodierende Politik vermag die sich verschärfenden Zielkonflikte nicht zu lösen, sondern führt tiefer in das Dilemma einer immer kurzfristiger orientierten Politik

hinein. Wer nur Gegenwartsprobleme löst, bekommt immer mehr. Nur wer Zukunftsherausforderungen angeht, entrinnt dem Dauerkrisenmodus.

Eine neue Angebotspolitik, die unternehmerische Freiräume schafft, bürokratische Hemmnisse abbaut und infrastrukturelle Investitionen (crowding-in) leistet, kann und muss den

Weg aus den Krisen der Gegenwart in eine produktive Erneuerung von Infrastrukturen, Ressourcen und Kompetenzen weisen. Neue Potenziale für nachhaltiges Wachstum sowie Chancen auf Innovationen und neue Geschäftsmodelle im Zuge der digitalen und ökologischen Transformation können so erschlossen und Verteilungs- und Zielkonflikte mittelfristig überwunden werden.

Grundzüge einer neuen Angebotspolitik – die Hauptpolitikfelder

Eine neue Angebotspolitik – wohlgerneht keine, die eine in der Öffentlichkeit oft (fälschlich) als „neoliberal“ verschrieene Deregulierungsagenda verfolgt, sondern auf die breite Erneuerung der Grundlagen des volkswirtschaftlichen und

gesellschaftlichen Wohlstandes ausgerichtet ist – adressiert verschiedene Politik- und Handlungsfelder. Die wichtigsten sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt und erläutert.

POLITIKFELD	GRUNDSATZPOSITION
Geopolitik, kritische strategische Abhängigkeiten und offene Märkte	Den regelbasierten Multilateralismus als Prinzip der Globalisierung zu erhalten, ist wesentliche Voraussetzung für das deutsche „Modell“. Dabei sollten Handelsbeziehungen diversifiziert und mit systematischer Risikobetrachtung verbunden werden.
Energiewende und Klimapolitik	Besondere Ambitionen beim Klimaschutz müssen mit besonderen Anstrengungen im Bereich klimafreundlicher Innovationen einhergehen. „Grüner Wohlstand“ gelingt nur mit einer sinnvollen industriepolitischen Ausgestaltung von Energiewende und Klimapolitik. Energie darf in Europa nicht systematisch teurer sein als in anderen Industrieländern.
Digitalisierung und technologische Innovation	Digitale Infrastruktur, Cyber-Sicherheit, Daten und Geschäftsmodellinnovationen sind für die Zukunft des deutschen Mittelstands unverzichtbar. Wertschöpfung und Jobs der Zukunft sind untrennbar mit technologischen Innovationen verbunden.
Demografie, Arbeitsmarkt und Produktivität	Die Flexibilisierung der Arbeitswelten, die Entwicklung von Erwerbspotenzialen und die Förderung von Qualifikationen zur Erhöhung der Produktivität und Schließung der Angebotslücken sind wesentliche Schlüssel zur Stabilisierung der Sozialversicherungssysteme und zur Deckung des Fachkräftebedarfs.
Bildung und Entrepreneurship	Ein unternehmerisches, kreatives und produktives Mindset tut Not. Das beschränkt sich nicht nur auf die Unternehmerinnen und Unternehmer selbst, sondern auf die gesellschaftliche Atmosphäre insgesamt. Dazu gehört auch ein besseres Verständnis marktwirtschaftlicher Prozesse. Dieses zu fördern und die gesellschaftliche Bedeutung der Wirtschaft verständlicher zu machen, sollte in Schule, Studium und Medien eine wichtige Aufgabe sein. Zudem ist es notwendig, berufliche Bildung durch ein breites Spektrum leistungsgerechter Angebote und flexiblere Qualifikationen zu stärken.
Regulatorik, Bürokratie und Wettbewerb	Mehr regulatorische Freiräume und steuerliche Anreize für unternehmerische Aktivität, Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie attraktive Bedingungen für internationale Talente und Gründer sind wesentliche Faktoren für die notwendige Transformation und ordnungspolitische Säulen einer marktwirtschaftlichen, d.h. dem Wesen nach freiheitlichen und fortschrittlichen Ordnung.

Eine angebotspolitische Agenda der Wirtschaftspolitik zur Überwindung der Krisen und Beschleunigung der strukturellen Transformation

GRUNDSÄTZE

Bei der Formulierung einer angebotspolitischen Agenda bedarf es einiger Grundsätze, an denen sich das wirtschaftspolitische Handeln orientieren kann. Die nachfolgende Übersicht kann dabei als Grundgerüst verstanden werden, aus der sich die Zielsetzung eines konkreten Maßnahmenvorschlags ableitet:

- Die Rückkehr zu nachhaltiger Wirtschafts- und Finanzpolitik und verlässlicher „Industriepolitik“ – denn nur nachhaltige Wirtschaftspolitik ist gute Wirtschaftspolitik.
- Die Grundlagen schaffen für ein neues, nachhaltiges Potenzialwachstum – denn sichere Einkommen und gute Jobs kommen immer aus einem modernen volkswirtschaftlichen Kapitalstock.
- Mehr Wettbewerb schaffen angesichts einer auch durch staatliche Subventionen begünstigten Monopolisierung der Wirtschaft – denn gerade der innovative Mittelstand entfaltet sich unter den Bedingungen wettbewerblicher Märkte.
- Eine deutliche Beschleunigung energiewirtschaftlicher und digitaler Transformationsprozesse – denn gerade in technologischen und industriellen Umbrüchen ist es entscheidend, von Anfang an vorne mit dabei zu sein.
- Die Stärkung von Bildung und Qualifizierung in mittelständischen und handwerklichen Zukunftsberufen – denn Verteilungsgerechtigkeit und Wohlstand für alle beginnt bei den Lebenschancen von Menschen.
- Die kreativen und innovativen Potenziale der Gesellschaft heben und eine unternehmerische Orientierung stärken – denn nur in einer gesellschaftlichen Atmosphäre des Mutes und der Zuversicht unternehmen Menschen statt zu unterlassen.
- Die Stärkung offener und fairer globaler Märkte – denn internationale Arbeitsteilung und globale Kooperation sind eine wichtige Quelle von Wohlstand und Frieden.
- Die Stärkung marktwirtschaftlicher Entdeckungsverfahren gegenüber staatlicher Anmaßung von Wissen – denn die Möglichkeiten der Zukunft sind uns heute verborgen und können nur durch Risiko und Mut, Versuch und Lernen geschaffen und erweitert werden.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Geopolitik, kritische strategische Abhängigkeiten und offene Märkte

Diversifizierung des Außenhandels und Ratifizierung neuer Handelsabkommen:

Auch wenn das Ende der anhaltenden Lieferkettenschwierigkeiten oder der hohen Inflation nicht exakt vorherbestimmt werden kann, ist es grade im Hinblick auf die Außenhandelspolitik von großer Bedeutung, die Zeit nach der Krise zu diskutieren. Deutschland braucht als exportorientierte Volkswirtschaft verlässliche Partner im Außenhandel. Dabei geht es im Kern auch um die Aufrechterhaltung globaler Lieferketten. Die geplante Ratifizierung von CETA ist ein gutes Signal, sollte aber durch weitere bilaterale oder multinationale Abkommen ergänzt werden. Dabei lohnt sich ein Blick auf den asiatischen Raum oder nach Südamerika. Auch die Wiederaufnahme der Gespräche über TTIP, natürlich unter anderen Voraussetzungen als damals, wären eine sinnvolle Überlegung.

Kritische Abhängigkeiten reduzieren, Resilienz ausbauen:

Deutschland hat lange Zeit von günstiger Energie aus Russland profitiert und ist dabei das Risiko eingegangen, sich in eine kritische ökonomische Abhängigkeit zu begeben, die die eigene geostrategische Souveränität untergräbt. Nun erleben wir, dass diese Abhängigkeit als ökonomische Waffe eingesetzt wird. Es müssen jetzt die Lehren aus dieser Erfahrung gezogen werden. Handelsbeziehungen und Lieferketten sind einer systematischen Risikobetrachtung zu unterziehen.

Autarkie vermeiden: Autarkie ist ökonomisch teuer und politisch gefährlich. Es darf in der jetzigen Diskussion und bei den politischen Reaktionen nicht um die Bestrebung größerer Autarkie gehen. Strategische Souveränität bedeutet politische Handlungsfähigkeit, nicht ökonomische Unabhängigkeit. Den regelbasierten Multilateralismus als Prinzip der Globalisierung zu erhalten, ist wesentliche Voraussetzung für das deutsche „Modell“. Dabei sollte die Zusammenarbeit mit anderen Ländern und der damit verbundene Aufbau von resilienten und nachhaltigen Wertschöpfungsketten im Vordergrund stehen.

Industriepolitik, Energiewende und Klimapolitik

Beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien: Um den Ausbau erneuerbarer Energiequellen und damit die Energiewende voranzubringen, müssen langsame bürokratische

Prozesse massiv beschleunigt werden. Dabei stehen vor allem die Genehmigungsverfahren im Vordergrund. Es ist aber auch gleichermaßen von Bedeutung, bereits genehmigte Projekte schneller umzusetzen. Strompreise werden durch den Zubau erneuerbarer Energiequellen zukünftig planbarer und aufgrund geringerer Entstehungskosten perspektivisch auch deutlich sinken. Eine beschleunigte Energiewende hat eine doppelte Dividende: geringere Emissionen und eine höhere Versorgungssicherheit.

Importabhängigkeiten verringern: Um den erforderlichen Zubau erneuerbarer Energiequellen nicht zu gefährden, müssen auch die Probleme auf den Lieferketten adressiert und beseitigt werden. Gerade im Bereich der Solarenergie und den damit verbundenen Photovoltaikanlagen ist die deutsche Wirtschaft fast zu 100 Prozent von chinesischen Importen abhängig. Für den Abbau dieser Abhängigkeit ist es notwendig, heimische Produktionen in Deutschland und Europa zu fördern. Nachdem die USA im Rahmen des Inflation Reduction Acts vorsieht, die Produktion der heimischen Photovoltaikindustrie durch Subventionen kräftig zu unterstützen, richten sich viele Investoren dem amerikanischen Markt zu. Viele Projekte, die bereits für den europäischen Markt geplant und kalkuliert waren, werden auf Eis gelegt. Da Einzelstaaten in der EU durch die Einhaltung europäischer Beihilferegulungen nicht in der Lage sind, den eigenen Produktionsstandort für Investoren derart attraktiver zu machen, braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung der EU.

Industriepolitische Rahmensetzung: Industriepolitische Rahmenbedingungen sind für die Transformation notwendig, aber Industriepolitik ist auch anfällig für Fehlsteuerung, Beharrungsvermögen und Partikularinteressen. Deshalb sollte für die Industriepolitik ein transparenter Prozess etabliert werden, der Ziele und Zeithorizonte definiert, Ergebnisse evaluiert und daraus Weiterentwicklungen ableitet. Als Vorlage könnten das Europäische Semester oder die Erstellung der National Recovery and Resilience Plans dienen.

Transformation nicht ausbremsen: Die sich überlagernden Krisen haben die Politik in einen permanenten Modus des Krisenmanagements gebracht. Jede Verteidigung des Status quo, jede Verzögerung der Transformation aber führt immer tiefer hinein in Trade-offs und Zielkonflikte. Nur eine beschleunigte Transformation führt zu deren Überwindung. Angebotsseitige Marktreaktionen sind dabei wesentliche Mechanismen. Preis- und Knappheitssignale dauerhaft zu unterdrücken, lähmt die Bereitschaft zur Substitution, Investition und Innovation.

Digitalisierung und technologische Innovation

Digitale Infrastrukturen und Kompetenzen stärken: Eine gut ausgebaute, verlässliche und sichere digitale Infrastruktur ist essentiell für Geschäftsmodellinnovationen und damit auch erfolgskritisch für die Zukunft des deutschen Mittelstands. Eine leistungsfähige Infrastruktur kann als Standortvorteil sowohl die Ansiedlung neuer Unternehmen als auch die Investitionspläne bestehender Unternehmen positiv beeinflussen. Hochtechnologien (Künstliche Intelligenz, 3D-Druck, Bioengineering, Quantencomputing etc.), welche auf Standortvorteile der Innovationskraft statt auf Lohnkostenunterschiede bauen, sind entscheidend für die Entstehung zukunftsfähiger Jobs und wissensbasierter Wertschöpfung.

Technologische Innovationen ermöglichen: Infrastrukturinvestitionen in Kernbereiche wie Energiewende, E-Mobilität, Wasserstoff und Digitalisierung sind unabdingbar, um technologische Innovationen und deren industrielle Nutzung zu fördern. Flankierend zu den Investitionen können sinnvolle Förderprogramme und Produktionsanreize ein probates Mittel sein. Diese sollten aber nicht situativ im Gefolge von Krisen und Moden implementiert werden, sondern möglichst wirksam an langfristige Entwicklungen und Potenziale angepasst werden. Ansonsten drohen die Mittel zu verpuffen und im schlimmsten Fall zusätzliche Schäden zu verursachen.

Stärkung der Innovationskraft im Mittelstand durch eine engere Verknüpfung von Wirtschaft und Wissenschaft in regionalen Innovationssystemen: Viele Hochschulen und Forschungseinrichtungen entwickeln Ideen und bereiten Inventionen vor, die nie den Weg in die Wirtschaft finden. Gleichzeitig führt der mangelnde Dialog zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu wenig Praxisnähe bei den Forschern, insbesondere in den Hochschulen für angewandte Wissenschaften und kleineren Universitäten. Um die Innovationskraft im Mittelstand zu erhöhen, sollte zukünftig eine engere Verknüpfung von Wirtschaft und Wissenschaft im Rahmen regionaler Innovationssysteme angestrebt werden. Die Gründung der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation (DATI) ist dabei bereits ein Schritt in die richtige Richtung und ein gutes Signal. Nun geht es darum, den bisherigen Aufschlag sinnvoll weiter zu entwickeln und das volle Potenzial zu entfalten.

Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung: Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung wurde bereits im Koalitionsvertrag angekündigt und sollte auch zeitnah in Angriff genommen werden. Um Prozesse effizienter zu gestalten und deutlich zu beschleunigen, kann gerade auch im Hinblick auf den ohnehin notwendigen Bürokratieabbau einiges erreicht werden, indem die Kommunikation und das Erledigen gesetzlicher Pflichten digitalisiert werden. Auch

Antrags-, Genehmigungs- und Zuwanderungsverfahren müssen einfach, zügig und digital ablaufen. Notwendige Daten sollen digital verknüpfbar sein.

Demografie, Arbeitsmarkt und Produktivität

Erhöhung und Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit: In vielen Berufen sinken die Erwerbsquoten bereits deutlich vor Erreichen des Renteneintrittsalters. Deshalb braucht es ein Konzept zur Identifikation der Tätigkeiten, die für ältere Beschäftigte und ihre Stärken geeignet sind. Eine systematische Personalentwicklung und Qualifizierung in diese Richtung, inkl. betriebsübergreifender Ansätze und eines nachhaltigen Gesundheitsmanagement sind dabei von großer Bedeutung.

Nutzung beruflicher Potenziale von Frauen, Vermeidung der Teilzeitfalle: Die beruflichen Potenziale von Frauen sollten gestärkt und besser genutzt werden. Dazu würden eine umfassende Kinderbetreuung, eine individuelle Arbeitszeitflexibilität oder ein gutes Konzept für mobiles Arbeiten einen positiven Beitrag leisten. Ein gutes Konzept für mobiles Arbeiten sollte beispielsweise eine transparente Regelung von Verantwortung, Kommunikation und Delegation beinhalten. Auch eine steuerliche Begünstigung oder praktikable und rechtssichere Lösungen bei der Arbeitszeiterfassung sind hier von großer Bedeutung.

Verbesserung der Fachkräftezuwanderung und nachhaltige Integrationspolitik: Die Anforderung eines anerkannten beruflichen Abschlusses ist die wesentliche Hürde bei der Zuwanderung nach Deutschland. Diese Hürde sollte beseitigt werden. Stattdessen sollte in der Folge berufsbegleitend eine systematisch gezielte Qualifizierung und Sprachförderung als umfassende proaktive Serviceleistung angeboten werden. So steigt auch der Beitrag zu einer nachhaltigeren Integrationspolitik. Derzeit können Potenziale von Zugewanderten häufig nicht hinreichend genutzt werden und viele wandern wieder ab. Damit sind hohe Migrationssalden nachhaltig kaum erreichbar. Ergänzend könnte auch das Recht auf Vollzeit-Kitaplätze, ein gesicherter Aufenthaltsstatus oder der ermöglichte Familiennachzug einen positiven Beitrag leisten.

Konzept einer proaktiven kontinuierlichen Weiterbildungspolitik: Ein Hauptgrund gegen eine Weiterbildungsbeteiligung ist gewachsener Abstand zum Lernen. Erstausbildung und Weiterbildung sollten zukünftig sinnvoll verbunden werden. Dabei liegt die personalpolitische Verantwortung und Kompetenz bei den Betrieben. Vor diesem Hintergrund braucht es ein Konzept, dass auch aus betrieblicher Sicht entwickelt wird. Von öffentlicher Seite kann ein solches Konzept durch Förderung, Herstellung von Transparenz und Beratung gestärkt werden.

Bildung und Entrepreneurship

Stärkung der beruflichen Bildung: Eine Möglichkeit zur Stärkung beruflicher Bildung sind niederschwellige modulare Angebote für diejenigen, die bisher ohne Abschluss bleiben. Flankierend dazu können bestimmte Zusatzmodule (z.B. zu Digitalisierung) für die Leistungsstärkeren angeboten werden. Insgesamt sollte eine flexiblere Qualifikation angestrebt werden. Eine flexiblere Qualifikation ist unter anderem essentiell für die gezielte Qualifizierung von Zugewanderten mit anderen Kompetenzprofilen und der beruflichen Weiterentwicklung im Zuge der Transformation in verwandte Bereiche. So könnte beispielsweise ein Wechsel von Beschäftigten mit technischen Kompetenzen aus der Verbrennerproduktion in Bereiche der Energiewende ermöglicht werden. Ein weiterer Aspekt, wäre der Fokus auf ein Programm „Ausbildung 4.0“, welches sich vor allem durch die Erneuerung der Kompetenzprofile, Digitalisierung der Berufsschulen, Unterstützung von KMU bei digitaler Ausstattung und Konzepten für die Ausbildung auszeichnet.

Entrepreneurship als Schlüsselkompetenz: Vor dem Hintergrund der Digitalisierung und der Transformation der deutschen Gesellschaft hin zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft nimmt die Relevanz der Vermittlung von unternehmerischem Denken und Handeln (UDH) in der Bildungsarbeit zu. Dabei wird UDH (Entrepreneurship) verstanden als die Umsetzung neuer Ideen in Problemlösungen mit ökonomischem Fundament. UDH ist relevant für die Verfolgung selbstständigen Handels, wie auch das Agieren als Beschäftigte in Organisationen. Wesentlich ist es dabei, die liberale Idee der Marktwirtschaft mit den notwendigen sozial-ökologischen Determinanten zu verbinden und dabei die Anreizwirkung des Marktprozesses mitzudenken, um aus der aktuellen Krise gestärkt hervorzugehen.

Unternehmenskultur in der Gesellschaft stärken: Mit der nicht ausreichenden Befassung mit den Potentialen der Entrepreneurial Education verpasst die deutsche Gesellschaft eine Chance, den Wohlstand in der Transformation durch eines breites Mitnehmen der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Eine Kultur des Unternehmerischen entsteht erst dann in der ganzen Gesellschaft, wenn der Rolle von Mittelstand und Familienunternehmen mehr Aufmerksamkeit in Bildung, Politik und Medien gewidmet wird.

Verpflichtendes Lehrmodul zum Thema UDH und Entrepreneurship: Um das Verständnis marktwirtschaftlicher Prozesse zu fördern und die gesellschaftliche Bedeutung der Wirtschaft verständlicher zu machen, sollte bereits während der Schulzeit ein stärkerer Fokus auf der Vermittlung (volks- und markt-) wirtschaftlicher Grundkenntnisse liegen. In jeder Lehrerausbildung sollte die Teilnahme an einem Modul zum Thema unternehmerisches Denken und Handeln bzw.

Entrepreneurship verpflichtend dazu gehören. Gleichwohl sollte das Thema auch für Schülerinnen und Schüler auf dem Lehrplan stehen. Die Vermittlung solcher Kenntnisse kann dabei helfen, die eher misstrauische Sichtweise gegenüber der Wirtschaft abzubauen und sowohl die produktive als auch kreative Orientierung der Gesellschaft zu fördern.

Regulatorik, Bürokratie und Wettbewerb

Mehr Augenmaß bei großen EU-Initiativen: Die EU-Kommission schafft mit der Fülle und Gleichzeitigkeit großer Regulierungsinitiativen immense Anforderungen an deutsche und europäische Unternehmen. Initiativen wie das Lieferkettengesetz oder die Einführung einer grünen Taxonomie sind zwar aus verschiedenen Gesichtspunkten sinnvoll und moralisch wünschenswert. Dabei darf aber auch der damit verbundene Aufwand nicht außer Acht gelassen werden, den Unternehmen in Krisenzeiten leisten müssen, um den Pflichten und Aufgaben nachzukommen.

Privates Kapital für die Zukunft aktivieren: Ziel muss es sein, Unternehmen in und aus Krisen heraus zu mehr Investitionen zu ermuntern. Gerade nach Krisen, wenn Standort- und Investitionsentscheidungen überdacht werden, kann ein solcher Schritt als Signal des Aufbruchs verstanden werden. Für die Bewältigung der Herausforderungen wird viel privates Kapital notwendig sein. Positive steuerliche Anreize helfen dabei, dieses für Zukunftsinvestitionen zu aktivieren. Eine zusätzliche Vereinfachung regulatorischer Vorgaben wie auch die Gewährleistung größerer regulatorischer Freiräume können ebenfalls dazu beitragen, Transformation zu beschleunigen.

Stärkung der Finanzierungsmöglichkeiten durch Mittelstandsanleihen: Für die Bewältigung der ökonomischen Transformation benötigt die mittelständische Wirtschaft Unterstützung bei der Finanzierung der Maßnahmen, die über die Verteilung staatlicher Budgets und der vereinfachten Kreditgewährung über KfW-Programme hinaus gehen. Dabei

können nach Risikoklassen differenzierte Mittelstandsanleihen mit langfristiger Fälligkeit ein probates Finanzierungsinstrument sein. Solche Anleihen sind in den USA oder auch in Großbritannien bereits gängig, während in Deutschland nur wenige, sehr erfolgreiche Mittelständler darauf zurückgreifen. Um die Option auch für die Breite des Mittelstands zugänglich zu machen, könnte durch politische Unterstützung ein entsprechendes KfW-Programm aufgelegt werden, das den Schwerpunkt auf eine langfristige und transformationsorientierte Finanzierung legt.

Stärkung des Finanzplatzes Deutschland: Auch wenn Deutschland die größte Volkswirtschaft in Europa ist, bleibt der Finanzplatz Deutschland in seiner Relevanz und Vielfältigkeit deutlich hinter anderen Standorten wie Frankreich oder Großbritannien zurück. Nach wie vor ist die große Mehrheit der mittelständischen Betriebe hierzulande auf die eigene Hausbank und den klassischen Bankkredit angewiesen. Gerade für die Finanzierung von Startups und innovativen Mittelständlern ist es aber von großer Bedeutung, auch alternative Finanzierungsformen in den Blick zu nehmen. Potenziale aus der Finanzierung durch Venture Capital (VC), Private Equity, Crowdfunding oder auch Business Angels bleiben bislang weit hinter ihren Möglichkeiten zurück.

Resilienz erhöhen und Freiräume erweitern: Das Abschätzen politischer und systemischer Risiken wird zunehmend schwieriger, gerade auch für mittelständische Unternehmen. Diese werden jedoch infolge von Systemschocks und Ordnungskrisen zunehmen. Ein Beispiel ist die Globalisierung, die in den letzten Jahren zu immer effizienteren Wertschöpfungs- und Lieferketten geführt hat, aber auch störungsanfälliger geworden ist. Um mehr Resilienz in einer prinzipiell komplexer und unsicherer werdenden Welt zu schaffen, sollten Systeme fehlertoleranter und Organisationen agiler werden. Um diesen Umständen Rechnung zu tragen, muss Regulatorik einfacher, robuster und transformativer werden. Eine zu enge Regulierung führt eher zu einer Deformation des Alten als zu einer Transformation in Neues.

Ansprechpartner

Prof. Dr. Henning Vöpel

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des BVMW
Vorstand (CEO) sop | Stiftung Ordnungspolitik
Direktor (Director) cep | Centrum für Europäische Politik

Kaiser-Joseph-Straße 266 | 79098 Freiburg
Schiffbauerdamm 40 | 10117 Berlin
Tel.: +49 761 38693-140
Fax: +49 761 38693-111
voepel@cep.eu | www.cep.eu

Dr. Hans-Jürgen Völz

Chefvolkswirt und Leiter der Abteilung Volkswirtschaft
BVMW-Bundeszentrale

Potsdamer Straße 7
10785 Berlin
+49 30 533206-49
+49 30 533206-50
hans-juergen.voelz@bvmw.de